

Auf dem Weg zur Entschuldigung

Wie in der Türkei der Völkermord an den Armeniern diskutiert wird

JÜRGEN GOTTSCHLICH

Über viele Jahrzehnte war der von der türkischen Regierung vor hundert Jahren veranlasste Völkermord an den Armeniern ein ehernes Tabu in der öffentlichen Debatte in der Türkei. Doch in den vergangenen Jahren hat sich das geändert. Zwar warten die Armenier weiterhin auf eine offizielle Entschuldigung, doch sie rückt Schritt für Schritt näher. Daran hat die Zivilgesellschaft einen entscheidenden Anteil. Der in Istanbul lebende Buchautor und Journalist Jürgen Gottschlich zeichnet die Debatte nach.

Es waren hunderte Demonstranten, und sie machten einen Lärm wie Tausende. Fast jeder von ihnen hatte eine Türkiefahne in der Hand und alle ihre Parolen, die sie herauschrien, hatten mit Verrat oder Verräter zu tun. Es waren türkische ultrarechte Nationalisten, die im September 2005 unbedingt verhindern wollten, dass in der türkischen Republik erstmals auf einer großen öffentlichen Konferenz über den Genozid an den Armeniern diskutiert werden sollte. Doch die Konferenz fand statt.

Das Thema der Veranstaltung hörte sich ganz unspektakulär an. Es ging um die Situation der Armenier in den letzten Jahren des Osmanischen Reiches. Hinter dieser scheinbar neutralen Formulierung verbarg sich jedoch enormer politischer Sprengstoff. Während Historiker in aller Welt mehr und mehr der These zuneigten, die Massaker an der armenischen Minderheit in den Jahren 1915 und 1916 wiesen alle Merkmale eines Völkermords auf, versteifte sich die offizielle türkische Politik und mit ihr fast alle Historiker des Landes immer aggressiver auf dem Standpunkt, erstens seien damals von den Armeniern mehr Türken ermordet worden als umgekehrt, und wenn Armenier bei den kriegsnotwendigen Deportationen zu Schaden kamen, dann weil das Chaos des Krieges dies unvermeidbar gemacht habe.

Erstmals versammelten sich jetzt diejenigen türkischen Historiker und Politologen, die Zweifel an dieser offiziellen These äußerten. Es war gar nicht so wichtig, was an dem Wochenende vom 25. zum 26. September 2005 während des Kongresses an der Istanbul Bilge-Universität genau diskutiert wurde, das eigentliche Ereignis war, dass er überhaupt stattfand. Auf Einwände einiger Besucher, die bemängelten, dass sich bei dem Kongress nur Kritiker der offiziellen Linie versammelt hatten, antwortete einer der Initiatoren der Veranstaltung, Professor Halil Berktaş: „Dieses eine Mal sitzen wir hier, und sie müssen zuhören. Bisher war es immer nur umgekehrt.“

Bis zum Jahr 2005 war es noch ein ehernes Tabu, öffentlich über einen Völkermord an den Armeniern während des Ersten Weltkrieges zu sprechen. Journalisten um die von dem armenischen Publizisten und Menschenrechtler Hrant Dink knapp zehn Jahre zuvor gegründeten armenisch-türkische Wochenzeitung *Agos* mussten unendlich vorsichtig sein und standen dennoch bei jeder Ausgabe mit einem Bein im Gefängnis.

Die armenische Kirche in Istanbul hatte ihr Heil in den Jahrzehnten zuvor vor allem im Rückzug gesucht. Nur nicht auffallen, hieß die Devise. Wenn der Patriarch angesichts von Forderungen der armenischen Diaspora nach Anerkennung des Völkermordes durch verschiedene europäische Parlamente gezwungen wurde, Stellung zu nehmen, wies er die Forderungen der Diaspora in der Regel zurück. Auch von der zweiten christlichen Minderheit, den orthodoxen Griechen war zur Vergangenheit wenig zu hören. Patriarch Bartholomäus I. kämpft vor allem um die schiere Existenz der Gemeinde, da parallel zu den Auseinandersetzungen auf Zypern viele Griechen aus Istanbul, die bei dem Bevölkerungsaustausch 1923 ausgenommen worden waren, gezwungen wurden, die Türkei zu verlassen. Die evangelische und die katholische Kirche in Istanbul sind Gastgemeinden,

die sich aus der innenpolitischen Debatte in der Türkei sowieso völlig heraushalten.

So war der Weg zu dem Kongress im September 2005 denn auch ein politischer und rechtlicher Hürdenlauf, der zeigte, wie schwierig es selbst 2005 in der Türkei noch war, die staatlich vorgegebene Version über das Verschwinden der Armenier in Frage zu stellen. Letztlich gelang das nur, weil sich nach langem Zögern sowohl der damalige Außenminister Abdullah Gül wie auch der damalige Ministerpräsident Tayyip Erdogan dahinter stellten. In einer Stellungnahme, die heute kaum noch denkbar wäre, sagte dieser: „Auch wenn man anderer Ansicht ist, in einer demokratischen Gesellschaft muss ein solcher Kongress möglich sein.“ Damit wurde das zuvor Undenkbare wahr. Liberale und linke Kritiker der offiziellen Regierungsposition wurden von der Polizei bei ihrem Einzug in die Bilgi-Uni vor wütenden Nationalisten geschützt, die Kritiker konnten ungehindert reden.

Im Herbst 2005, dem Jahr, in dem der Genozid sich zum 90. Mal jährte, gelang damit ein Durchbruch, der eine Zäsur in der Debatte um Vertreibung und Ermordung der Armenier in der Türkei darstellte. Nie mehr seitdem konnte die Diskussion um den Völkermord in der Türkei unterbunden werden. Auch wenn die offizielle Politik die Anerkennung des Genozids bis heute verweigert, die Auflösung der ideologischen Fronten ging seit 2005 stetig voran. Einen letzten Versuch, das Tabu wieder herzustellen, unternahm die nationalistische Rechte in der Mittagsstunde des 19. Januar 2007. Als der bekannte armenische Journalist Hrant Dink das Redaktionshaus verließ, wurde er von zwei Schüssen in den Hinterkopf tödlich getroffen. Der Todesschütze war ein 17-Jähriger namens Ogün Samast.

Der Mord an dem bekannten und über die armenische Gemeinde hinaus in der Linken und unter Liberalen populären Journalisten, entfesselte einen Sturm der Entrüstung, von dem die gesamte Türkei überrascht war und den der

Mörder und seine Hintermänner nicht erwartet haben dürften. Noch am Abend des Mordanschlages versammelten sich in der Istanbul Innenstadt spontan mehr als 100 000 Menschen, um ihre Empörung zum Ausdruck zu bringen und der Familie von Hrant Dink ihre Solidarität zu zeigen. Vom ersten Augenblick an war klar, dass es sich bei den Schüssen um einen gezielten politischen Mord handelte, bei dem der Todesschütze lediglich ein Instrument in den Händen der eigentlichen Täter war. Die Menschen protestierten daher nicht so sehr gegen den jugendlichen Todesschützen, sondern gegen einen Sicherheitsapparat, eine Justiz und eine staatliche Bürokratie, die den Mord erst möglich gemacht hatte.

Vor den Kadi gezerrt

Für die Nationalisten von ganz Links bis ganz Rechts war Hrant Dink eine Hassfigur, weil sich in seiner Person der Aufbruch aus der jahrzehntealten Tabuzone bündelte, die nach dem Ersten Weltkrieg um die Frage des Verschwindens der Armenier errichtet worden war. Der uralte Hass der Nationalisten auf die angeblich verräterischen Armenier entlud sich gegenüber Hrant Dink. Mit Hilfe williger Staatsanwälte und Richter zerrten sie ihn wiederholt vor Gericht.

Auch andere, wie der Schriftsteller Orhan Pamuk, der die Debatte des Jahres 2005 im März mit dem trotzigem Satz: „Keiner will darüber reden, aber ich sage, in der Türkei wurden eine Million Armenier und 30 000 Kurden ermordet“, eröffnet hatte, wurden wegen „Beleidigung des Türkentums“ vor den Kadi gezerrt und jahrelang bedroht. Doch allein Hrant Dink wurde als einziger durch alle Instanzen hindurch wegen Beleidigung des Türkentums verurteilt. Diese Prozesse schufen die Voraussetzungen, um den Journalisten quasi „zum Abschied“ freizugeben. Noch kurz vor dem Mord weigerte sich die Polizei ihn zu schützen, obwohl längst Anhaltspunkte für ein bevorstehendes Attentat vorlagen.

So sehr ein Teil der türkischen Gesellschaft mittlerweile bereit ist, sich mit

Zeuge der armenischen Kultur:
Das zerstörte Kloster Varak im Osten der Türkei.



Fotos: Stephan Pangritz



Im seit dem Völkermord leerstehenden Kloster Varak hatten Jahrhunderte lang Mönche gelebt (links und rechts). Landschaft in der Nähe der Stadt Bitlis, in der während des Genozids rund 15 000 Armenier getötet wurden (mitte). Chatschkare heißen die Gedächtnis-Monumente, die als zentrale Symbole der armenischen Kultur gelten. Dieses stammt aus dem Jahr 1496, die Kirche im Hintergrund ist heute ein Heuschobher (rechts unten).



Der Fußball diente als Vorwand für öffentliche Verhandlungen.

ter den Jungtürken, ideologisch für einen Ausgleich mit den Armeniern offener, als alle Vorgängerregierungen. Seit 2005 hat die Regierung deshalb in zunächst geheim gehaltenen Treffen begonnen, mit armenischen Vertretern auszuloten, unter welchen Bedingungen eine Annäherung zwischen beiden Ländern möglich wäre.

Mit einem mutigen Schritt des mittlerweile vom Außenminister zum Präsidenten aufgestiegenen Abdullah Gül wurden die Verhandlungen im September 2008 öffentlich. Als Vorwand dazu diente der Fußball. Die Türkei war damals mit Armenien gemeinsam in einer Gruppe für die Qualifikation zur Teilnahme an der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika. Am 6. September 2008 spielte die türkische Nationalmannschaft in Eriwan, und Gül reiste dazu ins Nachbarland. Es war das erste Mal seit der Unabhängigkeit Armeniens 1991, dass ein führender Politiker der Türkei in die Hauptstadt Armeniens reiste. Der Besuch verlief ohne Zwischenfälle und die Verhandlungen zwischen den beiden Ländern wurden fortgesetzt. Im Kern ging es darum, dass die Türkei

die Grenze zu Armenien öffnet und die armenische Regierung im Gegenzug auf die Anerkennung des Völkermords zunächst verzichtet und stattdessen eine international besetzte Historikerkommission zur Aufarbeitung der „Großen Katastrophe von 1915“ akzeptiert. In beiden Ländern waren und sind die Widerstände gegen eine solche Vereinbarung erheblich. Trotzdem kam es im Oktober 2009 zu einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, die allerdings bis heute nicht umgesetzt worden ist.

Genauso, wie beide Nationalteams es nicht schafften, sich für die WM in Südafrika zu qualifizieren, landete die Aussöhnung zwischen Armenien und der Türkei erst einmal in der Sackgasse. Das hatte vor allem zwei Gründe: die vehemente Ablehnung in weiten Kreisen der armenischen Gesellschaft und in der weltweiten armenischen Diaspora, sich auf eine Historikerkommission einzulassen, durch deren Existenz, so die Kritiker, allein schon der Völkermord infrage gestellt würde, weshalb sich schließlich im Parlament keine Mehrheit für den Vertrag fand. Auf türkischer Seite scheiterte das Abkommen, weil das befreudete Aserbaidschan, das seit Beginn der Neunzigerjahre mit Armenien um die Enklave Berg-Karabach kämpft, damit drohte, seine Öl- und Gaslieferungen an die Türkei einzustellen, wenn Ankara sich mit Eriwan verständigen würde.

Damit war das Abkommen mit Armenien gescheitert und die historische Chance auf eine Aussöhnung vertan. Weder die türkische noch die armenische Regierung hat seitdem versucht, einen wirklichen neuen Anlauf zu einer Verständigung zu unternehmen. Im Vorfeld

der Gedenkfeiern zum 100. Jahrestag des Völkermordes hat sich der Konflikt zwischen den Regierungen eher noch einmal verschärft. Der türkische Präsident hatte mit einer pompösen „Friedensfeier“ im Gedenken an die Schlacht an den Dardanellen, die ausgerechnet am 24. und 25. April stattfinden sollte, versucht, die Gedenkfeiern in Eriwan in den Hintergrund zu drängen, was der armenische Präsident Sers Sarkisjan verständlicherweise übel genommen hatte. Zwar hat die türkische Regierung ihre Idee mit der Dardanellenfeier mittlerweile aufgegeben, aber die Verstimmung zwischen den beiden Regierungen ist geblieben.

So ist es bis heute der türkischen Zivilgesellschaft überlassen, weiter an der Aussöhnung zwischen beiden Gesellschaften zu arbeiten. Es war der 24. April 2010, als sich erstmals in der Türkei Menschen öffentlich zum Gedenken an den armenischen Völkermord versammelten. Es war das erste Mal nach 95 Jahren, dass auch in Istanbul, dem Ort, von dem „die große Katastrophe“ ihren Ausgang nahm, an diese Ereignisse öffentlich erinnert wurde. Und nicht nur Armenier waren auf dem Taksim-Platz versammelt. Bekannte Gesichter der türkischen Zivilgesellschaft waren vertreten, darunter Baskin Oran und Ahmet Insel, die bereits zwei Jahre zuvor eine bemerkenswerte Aktion gestartet hatten. Zu Sylvester 1998 hatten die beiden Professoren mit zwei weiteren Kollegen eine Website im Internet gestartet, auf der einzelne Personen sich individuell für den Mord an armenischen Volk und dessen Verleugnung durch alle türkischen Regierungen bis dahin entschuldigen konnten. Zehntausende beteiligten sich an der Aktion.

Der wohl entscheidende Katalysator für diese Entwicklung war der Mord an Hrant Dink. Seitdem wird in der Türkei nicht weniger, sondern immer häufiger über die Armenierfrage gesprochen. Eine Hrant-Dink-Stiftung im Umkreis von Agos hat sich seit ihrer Gründung 2008 zu einem wichtigen Veranstalter für Kongresse und Tagungen zur Armenierfrage im weitesten Sinne entwickelt. Aus dem spektakulären Auftritt im September 2005 an der Bilgi-Universität ist heute schon fast Routine geworden. Von Istanbul bis Diyarbakir finden Tagungen statt, die die offizielle Haltung der Regierung generell und im Detail in Frage stellen. Diese Entwicklung findet auch nicht im Verborgenen statt, sondern vor aller Augen. Aus der kleinen Kundgebung zum Jahrestag des Genozid-Gedenkens 2010 sind Veranstaltungen geworden, zu denen jedes Jahr mehr Menschen erscheinen. Die Demonstrationen am Todestag von Hrant Dink vor dem Gebäude von Agos im Stadtteil Sisli werden nicht kleiner, sondern jedes Jahr größer. Am 24. April 2014 zeigte sich dann, dass auch die offizielle Politik an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht mehr vorbeikommt. Das erste Mal seit dem Völkermord sprach ein Ministerpräsident der Türkei den Hinterbliebenen Armeniern sein Bedauern über die Ereignisse von 1915 aus. Auch wenn die Stellungnahme von Tayyip Erdogan noch nicht die Entschuldigung war, auf die die Armenier weltweit warten, zeigte sie doch, dass auch die offizielle Türkei sich schrittweise darauf zu bewegt. ◀

LITERATUR

Jürgen Gottschlich: Beihilfe zum Völkermord. Deutschlands Rolle bei der Vernichtung der Armenier. Ch. Links Verlag, Berlin 2015, 344 Seiten, Euro 19,90.



Fotos: Stephan Pangritz